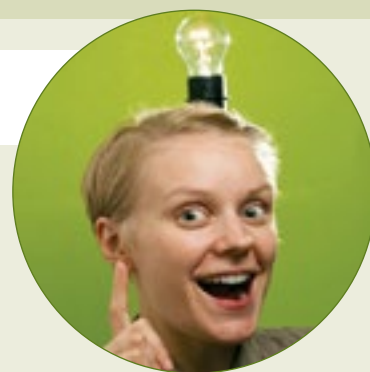


INSPIRATIONEN/INFORMATIONEN

zitiert

„Das türkische Volk hat klar gemacht, dass es den Tod für die Terroristen will, die den Coup geplant haben. Warum sollte ich sie jahrelang im Gefängnis halten und füttern?“

Recep Tayyip Erdogan in einem Interview mit dem US-amerikanischen Nachrichtensender CNN.



DIE (PARTEI)POLITISCHEN VERTEILUNGEN AUF DEN DREI EBENEN DES BUNDES, DER LÄNDER UND DER KOMMUNEN

Nord-Süd, Ost-West, Stadt-Land, Zentral-föderal und ein Newcomer

Aus unserer Serie: Statistik kommunal

Mit Erscheinen dieser Septemбераusgabe von UNTERNEHMERIN KOMMUNE sind es nur noch zwölf Monate bis zur nächsten Bundestagswahl. Deren Ergebnis scheint weitgehend offen. Zu sehr hat sich die politische Stimmung im Zuge der Flüchtlingskrise und der Terrorgefahr polarisiert und haben die etablierten Parteien an Bindungskraft verloren.

Der Bund ist in einem föderalen Staat mit dem Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung nur eine von drei Ebenen, auf denen sich politische Willensbildung vollzieht. In den Ländern wird in diesem Herbst in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 werden noch die Einwohner des Saarlandes, von Schleswig-Holstein und des mit Abstand größten Bundeslandes, Nordrhein-Westfalen, zur Urne gebeten. In allen diesen fünf Bundesländern können sich die bestehenden Landesregierungen zum jetzigen Zeitpunkt kaum sicher sein, auch nach der Wahl noch am Ruder zu sitzen.

Die kommunale Ebene ist jene, an der sich politische Diskurse und Entscheidungen am schnellsten und direktesten in die Realität übersetzen lassen. Hier entscheiden sich Erfolg und Misserfolg der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – sei es die Energiewende, der demografische Wandel oder die Integration von Migranten. Aufgrund der Heterogenität dieser Ebene ist eine politische Analyse hier mit deutlich mehr Mühe verbunden. Doch als kommunalpolitische Fachzeitschrift durften wir uns diesem Aufwand nicht verschließen. Lesen Sie im Folgenden eine Analyse der politischen Kraftfelder in Bund, Ländern und Kommunen.

Die Bundestagswahl 2013 war der erste richtige Triumph von Bundeskanzlerin Angela Merkel. 2005 dominierten die unklaren Verhältnisse und die erstaunliche Aufholjagd der Schröder-SPD den Tenor in den Nachwahlanalysen. Wochen und Monate musste verhandelt werden, ehe die zweite Große Koalition der bundesdeutschen Geschichte geschlossen und Merkel im Bundestag vereidigt werden konnte. 2009 ist es dem bürgerlichen Lager erstmals seit 1994 wieder gelungen, eine Mehrheit zu erzielen. Dieser Erfolg war jedoch hauptsächlich der Westerwelle-FDP zu verdanken, die das beste Ergebnis ihrer Geschichte erreichte. Im Vergleich zu den massiven Verlusten der SPD konnte sich die Union zwar noch als letzte verbliebene Volkspartei wännen, doch

die 33,8 Prozent bedeuteten noch immer das zweitschlechteste Bundestagswahlergebnis der Geschichte.

2013 hingegen wurde erstmals seit fast 20 Jahren wieder die 40-Prozent-Marke im Bund gerissen. Noch heute erinnert man sich, wie die Spitzenfunktionäre aus Partei und Fraktion im Konrad-Adenauer-Haus den Toten Hosen-Gassenhauer „An Tagen wie diesen“ schmetterten und Merkel trotz allen Überschwangs besonnen genug war, dem späteren Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe sein Deutschlandfähnchen aus der Hand zu nehmen. Tatsächlich ist das zentrale Wahlziel aber verfehlt worden. Eine linke Koalition aus SPD, Linkspartei und Bündnisgrünen könnte Merkel auch jetzt noch

jederzeit abwählen. Bemerkenswert an den vergangenen Bundestagswahlen waren aber vor allem die historischen Pleiten von SPD und FDP. Konnten die Sozialdemokraten 2009 noch die missliche Lage als Juniorpartner in einer Großen Koalition für die Stimmverluste verantwortlich machen, fand man sich vier Jahre später in einer kaum besseren Situation und weit davon entfernt, aus dem 20-Prozent-Ghetto zu entkommen.

Noch härter traf es die FDP, die weniger als ein Drittel ihres Vorwahlergebnisses erreichte und erstmals in ihrer Geschichte aus dem Bundestag flog. Angesichts dieser Ergebnisse gab es kaum Aufmerksamkeit für eine weitere seltsame Volte. Der DDR-Anwalt und PDS-Gründer Gregor Gysi fand sich plötzlich wieder in der Rolle des Oppositionsführers im Bund.

Stand heute, scheint es recht wahrscheinlich, dass auch die kommenden Bundestagswahlen die deutsche Parteienlandschaft maßgeblich verändern werden. Nachdem 1983 die Grünen und 1990 die Linken (damals noch als PDS) erstmals in den Bundestag einzogen, wird sich das Parteiensystem wohl weiter ausdifferenzieren. Die großen Umfrageinstitute verheißern der AfD ein zweistelliges Ergebnis. Wenn sich die Partei nicht noch selbst zerlegt, wird sie Teil des kommenden Bundestages sein. Schon 2013 hatte sie die Fünf-Prozent-Hürde nur äußerst knapp mit 0,3 Prozentpunkten verfehlt. Die Erfolge der AfD gehen mit Ausnahme der Bündnisgrünen zu Lasten aller etablierten Parteien. So liegt die Union im Bund wieder auf dem Niveau ihres historischen Tiefs aus dem Jahre 2009. Den Sozialdemokraten blüht ebenfalls die Wiederholung ihres Wahldesasters von 2009. Die FDP steht weiter auf der Kippe und die Linkspartei büßt nach ihrem jahrzehntelangen Aufwärtstrend und ihrer Konsolidierung im bundesdeutschen Parteiensystem wieder merklich an Rückhalt ein.

Aktuell erscheint es wahrscheinlich, dass die Bündnisgrünen im kommenden Sommer gegen die AfD um den dritten Platz in der Wählergunst kämpfen werden. Die Erfolge der AfD lassen zudem erwarten, dass weder das linke noch das bürgerliche Lager eine eigene Mehrheit erringen und dass es entweder zu einer Neuauflage der Großen Koalition oder zu einem Dreierbündnis kommen wird.

Ministerpräsidenten und Regierungskoalitionen in den Bundesländern

Bundesland	Ministerpräsident	Partei	Koalition
Baden-Württemberg	Winfried Kretschmann	B90/Grüne	B90/Grüne – CDU
Bayern	Horst Seehofer	CSU	CSU
Berlin	Michael Müller	SPD	SPD – CDU
Brandenburg	Dietmar Woidke	SPD	SPD – Linke
Bremen	Carsten Sieling	SPD	SPD – B90/Grüne
Hamburg	Olaf Scholz	SPD	SPD – B90/Grüne
Hessen	Volker Bouffier	CDU	CDU – B90/Grüne
Mecklenburg-Vorpommern	Erwin Sellering	SPD	SPD – CDU
Niedersachsen	Stephan Weil	SPD	SPD – B90/Grüne
Nordrhein-Westfalen	Hannelore Kraft	SPD	SPD – B90/Grüne
Rheinland-Pfalz	Malu Dreyer	SPD	SPD – FDP – B90/Grüne
Saarland	Annegret Kramp-Karrenbauer	CDU	CDU – SPD
Sachsen	Stanislaw Tillich	CDU	CDU – SPD
Sachsen-Anhalt	Reiner Haseloff	CDU	CDU – SPD – B90/Grüne
Schleswig-Holstein	Torsten Albig	SPD	SPD – B90/Grüne – SSW
Thüringen	Bodo Ramelow	Linke	Linke – SPD – B90/Grüne

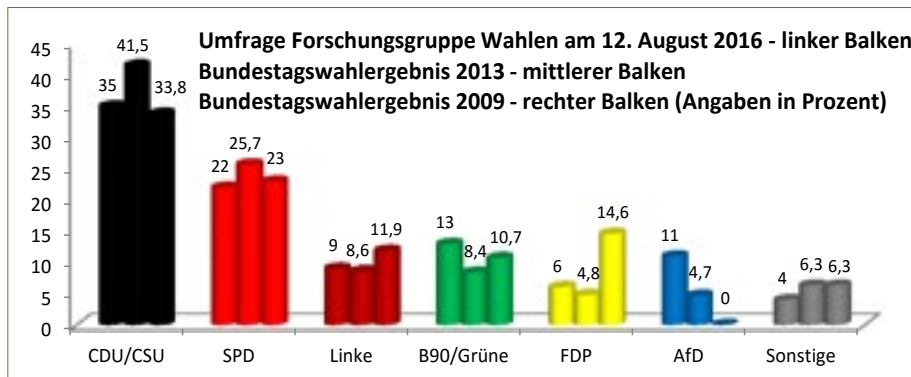
wurde, je näher der kommende Wahltag rückte. Es scheint so, als würden die deutschen Wahlbürger die politische Machtfülle recht vorsichtig auf die Parteien übertragen.

Dies ist mitnichten ein deutsches Phänomen, sondern zeigt sich auch in anderen föderalen Demokratien – etwa in Österreich, den USA, Kanada oder Australien. Große Koalitionen stellen im Hinblick auf diese Gesetzmäßigkeit einen Sonderfall dar. Schließlich ist dieses Bündnis die Schnittmenge der beiden wesentlichen

Als Juniorpartner ist die CDU in drei weiteren Ländern Regierungspartei.

Es ist ein relativ neues Phänomen, dass auch andere Parteien Ministerpräsidenten stellen. In Thüringen führt der Linke Bodo Ramelow ein breites Linksbündnis und in Baden-Württemberg steht Winfried Kretschmann einer grün-schwarzen Koalition vor. Die Linke ist darüber hinaus nur noch in Brandenburg an einer Regierung beteiligt. Die Bündnisgrünen jedoch sind in neun weiteren Ländern Regierungspartei und halten damit eine Sperrminorität im Bundesrat. Sie sind neben SPD und Union auch die einzige Partei, die in allen 16 Landesparlamenten vertreten ist. Bundespolitisch bei den vergangenen Wahlen knapp hinter den Linken auf Rang vier eingekommen, stellen sie im gesamten politischen Gefüge damit eindeutig die dritte Kraft. Die Linke musste bei ihrer Westintegration in den vergangenen Jahren einige Rückschläge in Kauf nehmen. Sie sind in allen sechs ostdeutschen Bundesländern deutlich zweistellig, im Westen schafften sie es aktuell aber nur in den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg, im kleinen Saarland und in Hessen über die Fünf-Prozent-Hürde.

Im Vergleich der beiden Volksparteien Union und SPD zeigt sich, dass die SPD viele Länder nur recht knapp gewinnen konnte bzw. dass ihr auf der linken Seite des politischen Spektrums mehr Alternativen für eine Regierungsbildung zur Verfügung stehen. So führt die SPD in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein Koalitionen gegen die CDU als jeweils stärkste Fraktion. Sie kooperiert in Brandenburg und Thüringen mit der Linken, in sechs Bundesländern mit den Bündnisgrünen – viermal als Mehrheitsführer und zweimal als Juniorpartner in Dreierkonstellationen –, in Schleswig-Holstein



Die Situation in den Ländern

In den vergangenen Jahrzehnten und vor allem dann, wenn eines der beiden politischen Lager über eine Mehrheit im Bund verfügte, konnten die Oppositionsparteien regelmäßig bei den Landtagswahlen reüssieren. Spätestens seit der Deutschen Einheit lässt sich dieser Mechanismus im bundesdeutschen Wählerwillen recht eindeutig nachvollziehen. Im Ergebnis musste sich regelmäßig eine informelle Große Koalition im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat zusammenfinden, wobei die Bereitschaft zum Kompromiss stetig geringer

politischen Lager. Üblicherweise legen in einer solchen Konstellation die kleineren Parteien in der Wählergunst zu. Und tatsächlich konnte man in dieser Bundestagslegislaturperiode erstmals erleben, wie ein grüner Ministerpräsident wieder- und ein linker gewählt wird.

Trotz der Dominanz der Union im Bund mit fast 20 Prozentpunkten Vorsprung vor den Sozialdemokraten zeigt sich in den Ländern ein ausgeglichenes Bild. So stellt die SPD in neun der 16 Bundesländer den Ministerpräsidenten und ist in vier weiteren als Juniorpartner an der Regierung beteiligt. Dagegen gehören nur fünf Ministerpräsidenten den Unionsparteien an.

mit dem SSW, in fünf Bundesländern mit der CDU und seit diesem Frühjahr in Rheinland-Pfalz auch wieder mit der FDP. Die CDU dagegen koalitiert neben der SPD nur noch mit den Bündnisgrünen – in Baden-Württemberg als Juniorpartner, in Hessen als Mehrheitsführerin und in Sachsen-Anhalt ebenfalls als Mehrheitsführerin und unter Einschluss der SPD. Die CSU in Bayern regiert als einzige Landespartei mit einer absoluten Mehrheit.

Weitere Ausdifferenzierung

Die Unionsparteien stellen in acht Ländern die stärkste Fraktion, die SPD in sieben und die Bündnisgrünen in einem. Achtmal rangieren die Unionsparteien auf dem zweiten Rang, sodass sie in allen 16 Landtagswahlen auf Eins oder Zwei einkamen. Die SPD stellt in fünf Ländern die zweit- und in zwei Ländern die drittstärkste Fraktion. In Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt belegen die Sozialdemokraten gar nur den vierten Rang. In vier Bundesländern liegt die SPD unter 13 Prozent und damit im Bereich der kleineren Parteien. Die CDU erreichte mit 15,9 Prozent in Hamburg ihr schlechtestes Wahlergebnis, überall sonst liegen die Unionsparteien deutlich über 20 Prozent. Trotz des Umstandes, dass die Unionsparteien an weniger Regierungen beteiligt sind, als die SPD, liegen sie im Mittel aller Landtagswahlergebnisse fast drei Prozentpunkte vor den Sozialdemokraten. Berücksichtigt man die unterschiedlichen Einwohnerzahlen, beträgt der Unterschied gar fünf Prozentpunkte. Zwischen SPD und Unionsparteien zeigt sich zudem ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Im Westen ist Hessen und im Osten Sachsen-Anhalt das nördlichste Bundesland mit einem CDU-Ministerpräsidenten. Alle Länder nördlich davon werden von SPD-Vertretern regiert. Der Süden Deutschlands hingegen geht den Sozialdemokraten zunehmend verloren. Sie finden sich in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zwischen zehn und 13 Prozent. 20,6 Prozent in Bayern erscheinen dagegen fast als Ausnahmeergebnis, bedeuten allerdings einen

Bündnisgrünen sind in einem Land stärkste und in sieben weiteren die drittstärkste Fraktion. Die Linken erreichen ähnliche Erfolge mit zweimal Platz zwei und viermal Platz drei. Doch wird auch hier die unterschiedliche Einwohnerzahl der Bundesländer ins Verhältnis gesetzt, erreichen die Bündnisgrünen mehr als doppelt so hohe Anteile wie die Linken. Die Bündnisgrünen können auch in den großen westdeutschen Flächenländern reüssieren, während die Linke dies nur in den relativ kleinteiligen ostdeutschen Ländern und in den westdeutschen Kleinstaaten Hamburg, Saarland und Bremen schaffte. In der die Einwohnerzahl berücksichtigenden Erhebung liegt die Linke sogar

Sie ist damit wie die FDP in der Hälfte aller Bundesländer in Fraktionsstärke vertreten. Allerdings ist die noch sehr junge Partei in sieben Bundesländern noch gar nicht angetreten. Bei den kommenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ist ihr Einzug so gut wie sicher. Die AfD ist aufgrund ihrer rechts-populistischen Positionen noch immer der Paria in der deutschen Politik. Sie ist daher noch nirgendwo in der Regierungsverantwortung, konnte aber immerhin in fünf Landesparlamente mit einem zweistelligen Ergebnis einziehen. Sie stellt in Sachsen-Anhalt die zweit- und in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die drittstärkste Fraktion. Im Mittel aller bisherigen

Die wichtigsten deutschen Parteien in den Bundesländern – in Gold die jeweils stärkste Fraktion, in Silber die jeweils zweitstärkste Fraktion und in Bronze die jeweils drittstärkste Fraktion

Bundesland	CDU/CSU	SPD	Linke	B90/Grüne	FDP	AFD	Sonst.	Spez.
Baden-Württemberg	27,0	12,7	2,9	30,3	8,3	15,1	3,1	1,0 ALFA
Bayern	47,7	20,6	2,1	8,6	3,3	-	8,7	9,0 (FW)
Berlin	23,3	28,3	11,7	17,6	1,8	-	8,5	8,9 (Piraten)
Brandenburg	23,0	31,9	18,6	6,2	1,4	12,2	4,6	2,7 (FW)
Bremen	22,4	32,8	9,5	15,1	6,6	5,5	4,8	3,2 (BiW)
Hamburg	15,9	45,6	8,5	12,3	7,4	6,1	2,6	1,6 (Piraten)
Hessen	38,3	30,7	5,2	11,1	5,0	4,1	3,5	1,9 (Piraten)
Mecklenburg-Vorpommern	23,0	35,6	18,4	8,7	2,8	-	5,5	6,0 (NPD)
Niedersachsen	36,0	32,6	3,1	13,7	9,9	-	2,6	2,1 (Piraten)
Nordrhein-Westfalen	26,3	39,1	2,5	11,3	8,6	-	4,4	7,8 (Piraten)
Rheinland-Pfalz	31,8	36,2	2,8	5,3	6,2	12,6	2,8	2,2 (FW)
Saarland	35,2	30,6	16,1	5,0	1,2	-	4,4	7,4 (Piraten)
Sachsen	39,4	12,4	18,9	5,7	3,8	9,7	5,1	4,9 (NPD)
Sachsen-Anhalt	29,8	10,6	16,3	5,2	4,9	24,3	5,8	2,2 (FW)
Schleswig-Holstein	30,8	30,4	2,3	13,2	8,2	-	2,3	8,2 (Pir.), 4,6 (SSW)
Thüringen	33,5	12,4	28,2	5,7	2,5	10,6	3,6	3,6 (NPD)

knapp hinter der FDP. Diese hat zwar eine Reihe von Niederlagen hinter sich, konnte bei den vergangenen Landtagswahlen jedoch wieder einige Erfolge erringen und ist in Rheinland-Pfalz auch wieder an einer Landesregierung beteiligt. Die Freien Demokraten sind derzeit in der Hälfte der bundesdeutschen Landesparlamente vertreten – eines weniger als die Linkspartei.

Landtagswahlergebnisse – neun an der Zahl – steht die AfD bei zwölfteinhalb Prozent und damit vor den Bündnisgrünen an Nummer drei. Wird die Einwohnerzahl der jeweiligen Bundesländer berücksichtigt, liegt die Partei nur knapp hinter den Bündnisgrünen auf Rang vier.

Die große Zeit der Piraten ist vorbei. Sie hatten es in sieben Landesparlamente geschafft, sind aus dreien aber wieder herausgefallen. Zu den vier verbleibenden in Berlin, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein wird in den kommenden Monaten gewählt. Alle Umfragen deuten darauf hin, dass die Piraten bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 auch in der Landespolitik keine Rolle mehr spielen werden. Bei Landtagswahlen gibt es immer auch einige regionale Spezifika. In Bayern erzielen die Freien Wähler seit einigen Jahren beachtenswerte Erfolge. Sie sind dort mit neun Prozent im Landtag vertreten. Die rechtsradikale Bewegung „Bürger in Wut“ hat es über ihr Teilergebnis in

Mittel aller Landtagswahlergebnisse	Union	SPD	Linke	B90/Grüne	FDP	AFD*
gesamt	30,21 %	27,66 %	10,44 %	10,94 %	5,12 %	12,53 %
davon mit Berücksichtigung der EW-Zahlen	32,43 %	27,54 %	6,08 %	12,92 %	6,20 %	11,62 %

*für die AfD wurden nur jene neun Bundesländer berücksichtigt, in denen sie bislang bei Landtagswahlen angetreten ist.

Abstand von 27 Prozentpunkten zur regierenden CSU.

Grüne und Linkspartei liegen im Mittel aller Landtagswahlergebnisse in etwa gleichauf zwischen zehn und elf Prozent. Die

Eine weitere in den Bundesländern relevante Partei wurde bislang noch gar nicht berücksichtigt. Es ist die AfD, die seit den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg in fünf weitere Landesparlamente einziehen konnte.

Bremerhaven in die Bremische Bürgerschaft geschafft. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) ist durch eine Besonderheit im schleswig-holsteinischen Wahlgesetz von der Fünf-Prozent-Hürde befreit, erreichte aber dennoch mit 4,6 Prozent ein beachtenswertes Ergebnis und ist an der Regierung im nördlichsten Bundesland beteiligt. Die rechtsextreme NPD ist bei den sächsischen Landtagswahlen im vergangenen Jahr nur äußerst knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Sie stellt aber noch immer eine Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern. Für die dortigen Wahlen im September (nach Redaktionsschluss) ist zu erwarten, dass sie auch aus diesem Landesparlament ausscheiden wird.

Die kommunalen Ebenen der Landkreise und kreisfreien Städte

Eine auf die gesamte Bundesrepublik bezogene Analyse der (partei)politischen Verteilungen in den Kommunen ist aufgrund der Heterogenität und Komplexität dieser politischen Ebene nur bedingt zu leisten. Der föderale Aufbau der Bundesrepublik bedingt es, dass jedes der 16 Bundesländer ganz eigene kommunale Strukturen mit einem eigenen Wahlrecht und in Zahl, Zuschnitt und Funktion unterschiedlichen Gebietseinheiten aufweist. Wir haben uns daher auf die Landkreise und kreisfreien Städte beschränkt, für die eine gewisse Einheitlichkeit über das gesamte Bundesgebiet hinweg konstatiert werden kann. Zudem wird in diesem Ansatz jeder deutsche Bürger eines Flächenlandes auf der kommunalen Ebene genau einmal erfasst.

Allerdings muss in diesem Zusammenhang Erwähnung finden, dass in erster Linie die Positionen der Landräte und (Ober)Bürgermeister ins Kalkül gezogen werden und dass dies im Unterschied zu der auf den Bund und die Länder bezogenen Analyse eine Betrachtung nach Mehrheitswahlrecht darstellt. Daher ist zu erwarten, dass die kleineren Parteien eine deutlich geringere Rolle spielen, als im Bund bzw. in den Ländern. Selbstverständlich nehmen sie aber in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen wesentlich an der politischen Willensbildung auf kommunaler Ebene teil.

Die Unionsparteien stellen in mehr als der Hälfte der 295 deutschen Landkreise den Landrat. Eine besondere Dominanz wird in Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg entfaltet. Im Freistaat Sachsen gingen alle Landkreise an die CDU, in Nordrhein-Westfalen und Bayern immerhin mehr als 70 Prozent und in Baden-Württemberg gibt es abgesehen von den vergleichsweise zahlreichen parteilosen Kandidaten nur Landräte mit einem CDU-Parteibuch.

Die SPD hingegen konnte nur ein Viertel der Landkreise für sich gewinnen. Sie stellt lediglich in Hessen und im kleinen Saarland die Mehrzahl der Landräte. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen hält sie zumindest eine relative Mehrheit als jene politische Gruppierung mit den meisten Landratsposten.

Im Gegensatz zur Landes- und Bundespolitik spielen auf Ebene der Landkreise parteilose und unabhängige Kandidaten eine besondere Rolle. In 41 Landkreisen oder knapp 14 Prozent gehören die Landräte keiner Partei an. Besonders stark sind die unabhängigen Kandidaten in Schleswig-Holstein. Sie führen dort acht der elf Landkreise. Die klare Nummer Drei in den Landkreisen sind die Freien Wähler. Sie stellen in 13 der 295 Landkreise oder in 4,4 Prozent der Fälle den Landrat. Allerdings können die

Freien Wähler nur in Bayern reüssieren. Dort ist annähernd jeder fünfte Landkreis in ihrer Hand. Abseits des Freistaates konnten sie keinen einzigen Landratsposten erobern. Linke und Bündnisgrüne komplettieren das Bild. Sie sind neben Union, SPD, Freien Wählern und regionalen Wahlbündnissen die einzigen Parteien, die Landräte stellen. Die Grünen konnten bei den vergangenen Kommunalwahlen in Bayern für Aufsehen sorgen, als sie mit ihren Kandidaten die Landkreise Miesbach und Miltenberg gewinnen konnten. Die Linke hält aktuell sechs Landratsposten in den Neuen Bundesländern. Außer in Sachsen stellt die Partei in jedem der Neuen Bundesländer mindestens einen Landrat.

Während in den Landkreisen noch die Unionsparteien recht deutlich dominierten, wird ziemlich genau jede zweite deutsche kreisfreie Stadt

Landratsmandate in Landkreisen

Bundesland	CDU/CSU	SPD	Linke	B90/Grüne	FDP	FW	parteilos/unabhängig
Baden-Württemberg	22	-	-	-	-	-	13
Bayern	50	6	-	2	-	13	-
Brandenburg	4	6	1	-	-	-	3
Hessen	7	14	-	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	2	3	1	-	-	-	-
Niedersachsen	10	15	-	-	-	-	11
Nordrhein-Westfalen	22	8	-	-	-	-	1
Rheinland-Pfalz	14	8	-	-	-	-	2
Saarland	2	4	-	-	-	-	-
Sachsen	10	-	-	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	6	12	2	-	-	-	1
Schleswig-Holstein	3	-	-	-	-	-	8
Thüringen	8	5	2	-	-	-	2
Gesamt	161	72	6	2	-	13	41

Oberbürgermeistermandate in den kreisfreien Städten

Bundesland	CDU/CSU	SPD	Linke	B90/Grüne	FDP	FW	parteilos/unabhängig
Baden-Württemberg	2	4	-	2	-	-	1
Bayern	12	11	-	-	-	-	2
Brandenburg	2	1	-	-	-	-	1
Hessen	-	4	-	1	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	-	-	1	-	-	-	1
Niedersachsen	3	7	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	7	13	-	1	-	-	2
Rheinland-Pfalz	6	6	-	-	-	-	-
Saarland	-	1	-	-	-	-	-
Sachsen	-	2	-	-	1	-	-
Sachsen-Anhalt	-	-	-	-	1	-	2
Schleswig-Holstein	-	2	-	-	-	-	1 + SSW 1
Thüringen	-	3	1	-	-	-	2
Gesamt	32	54	2	4	2	-	12

von einem Sozialdemokraten regiert. Besonders dominant zeigt sich die SPD in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und in Niedersachsen, wo sie jeweils deutlich mehr als die Hälfte der Oberbürgermeisterposten hält. Die Unionsparteien sind nur in den bayerischen kreisfreien Städten in der Mehrzahl der Oberbürgermeisterposten. In Brandenburg und in Rheinland-Pfalz ist genau die Hälfte der kreisfreien Städte in CDU-Hand, bundesweit regiert in jeder dritten kreisfreien Stadt ein Unionsoberbürgermeister. Unabhängige Kandidaten konnten genau ein Dutzend kreisfreie Städte für sich gewinnen.

Diese Erfolge sind dabei relativ gleichmäßig über die 13 Flächenländer verteilt. Lagen die Linken bei den Landkreisen noch vor den Grünen, zeigt sich nun ein umgekehrtes Bild. Während die Grünen mit Stuttgart, Freiburg im Breisgau, Darmstadt und Solingen vier veritable Großstädte für sich gewannen, konnten sich die Linken nur in den vergleichsweise kleineren Städten Schwerin und Eisenach durchsetzen. Bemerkenswert erscheint, dass es der FDP in den vergangenen zwei Jahren gelungen ist, wieder zwei Oberbürgermeistermandate in kreisfreien Städten zu erringen – und dies auch noch in der freidemokratischen Diaspora Ostdeutschland. Dirk Hilbert wurde zum Nachfolger der erkrankten CDU-Oberbürgermeisterin von Dresden, Helma Orosz, gewählt und der von einer breiten Koalition aus fast allen Parteien unterstützte Peter Kuras setzte sich in der Stichwahl zum Oberbürgermeister von Dessau-Roßlau gegen seinen Amtsvorgänger Klemens Koschig durch. Der Südschleswigsche Wählerverband ist als Partei der dänischen Minderheit nicht nur an der schleswig-holsteinischen Landesregierung beteiligt, sondern stellt auch den Oberbürgermeister in der größten Stadt des dänischen Siedlungsgebietes – in Flensburg.

Der AfD ist bis heute noch nicht gelungen, Landrats- und Oberbürgermeistermandate zu

Die 20 größten Städte der Bundesrepublik Deutschland

Stadt	Bundesland	Einwohner	OB	Partei
Berlin	Berlin	3.520.000	Michael Müller	SPD
Hamburg	Hamburg	1.780.000	Olaf Scholz	SPD
München	Bayern	1.450.000	Dieter Reiter	SPD
Köln	Nordrhein-Westfalen	1.061.000	Henriette Reker	parteilos
Frankfurt am Main	Hessen	718.000	Peter Feldmann	SPD
Stuttgart	Baden-Württemberg	612.000	Fritz Kuhn	B90/Grüne
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	612.000	Thomas Geisel	SPD
Dortmund	Nordrhein-Westfalen	586.000	Ullrich Sierau	SPD
Essen	Nordrhein-Westfalen	583.000	Thomas Kufen	CDU
Leipzig	Sachsen	560.000	Burkhard Jung	SPD
Bremen	Bremen	557.000	Carsten Sieling	SPD
Dresden	Sachsen	544.000	Dirk Hilbert	FDP
Hannover	Niedersachsen	524.000	Stefan Schostok	SPD
Nürnberg	Bayern	510.000	Ulrich Maly	SPD
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	491.000	Sören Link	SPD
Bochum	Nordrhein-Westfalen	365.000	Thomas Eiskirch	SPD
Wuppertal	Nordrhein-Westfalen	350.000	Andreas Mucke	SPD
Bielefeld	Nordrhein-Westfalen	333.000	Pit Clausen	SPD
Bonn	Nordrhein-Westfalen	319.000	Ashok Alexander Sridharan	CDU
Münster	Nordrhein-Westfalen	310.000	Markkus Lewe	CDU

erobern. Allerdings versucht diese noch sehr junge Partei, sich vor allem in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und in den Neuen Bundesländern kommunalpolitisch zu vernetzen.

SPD-Dominanz in den Großstädten

Die Union dominiert im Bund. Auf Landesebene konnten CDU und CSU zumindest im Süden der Bundesrepublik und in den großen Flächenstaaten Erfolge erzielen. Trotz der guten Umfragewerte von Angela Merkel kann aber der selbstgesetzte Anspruch der modernen Großstadtpartei der Realität nicht

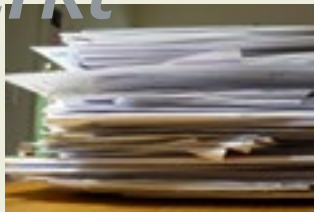
standhalten. In den drei größten deutschen Städten regieren allesamt Sozialdemokraten, unter den acht größten deutschen Städten sind sechs sozialdemokratisch, in Stuttgart regiert der Grüne Fritz Kuhn und in Köln die Parteilose Henriette Reker. Essen ist seit 2015 die größte deutsche Stadt mit einem Unions-Oberbürgermeister und bleibt unter den Top-18 auch die einzige.

Die Statistik der größten 20 deutschen Städte zeigt aus Unionsicht nur deshalb ein etwas versöhnliches Bild, weil in den Nummern 19 – Bonn – seit 2015 und 20 – Münster – seit 2009 wieder Unionskandidaten regieren. Damit steigt die Zahl der CDU/CSU-OB's auf drei. Neben Stuttgart und Köln ist Dresden die einzige Top-20-Stadt, in der weder ein Unions- noch ein SPD-Oberbürgermeister regiert. Dort trat Dirk Hilbert (FDP) die Nachfolge der erkrankten Helma Orosz (CDU) an. Somit verbleiben 14 SPD-Oberbürgermeister in den 20 größten deutschen Städten – ein Anteil von 70 Prozent. Werden auch die unterschiedlichen Einwohnerzahlen berücksichtigt, steigt der Anteil der Sozialdemokraten auf mehr als 78 Prozent. Die Union kommt mit den von ihr gehaltenen drei Städten auf lediglich 7,7 Prozent der Bürger in deutschen Großstädten mit mehr als 300.000 Einwohnern. ■

Angemerkt

Der schleichende Wandel ist seit Jahrzehnten eine Konstante in der deutschen Politik. Und tatsächlich ist dies der beste Zustand, der einer funktionierenden Demokratie passieren kann. Zwischen Stillstand und Chaos gibt es noch immer genug Optionen, aus denen gewählt werden kann. Das Aufkommen der AfD muss man nicht mögen, doch solange diese Partei nicht allzu menschenfeindlich auftritt, besitzt sie jede Legitimation für eine Mitwirkung am politischen Diskurs. Wurden die Grünen dereinst mit der Ökologie assoziiert, die Linken mit der sozialen und der ostdeutschen Frage, besetzt die AfD nun die Integrationsdebatte. Man muss sich deren Positionen nicht zu Eigen machen, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass eine offene Auseinandersetzung dem gesellschaftlichen Frieden auf Dauer förderlicher ist, als die Definition politischer Tabus und das Formulieren politisch korrekter Sprechblasen.

Falk Schäfer



www.bundeswahlleiter.de